

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Wiesbadener Zeitung

Beilage „Der Wandervogel in Nassau“

Preis: 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M., durch den Postweg 3.50 M. Einzelnummern 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Beörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 22. Fernruf Nr. 2225, 2226, 2227. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 2 Pf., Rheinlande 1 Pf.; außerhalb 30 Pf., Rheinlande 20 Pf., Seltenspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 102

Samstag, 1. März 1919.

73. Jahrgang.

Der Ostafrikaner Heimkehr.

Ankunft in Holland.

WTB. Rotterdam, 26. Febr.

Der Dampfer „Feldmarschall“ mit den deutschen Ostafrikakämpfern an Bord, darunter Gouverneur Dr. Sauer und General v. Lettow-Vorbeck, legte am Samstag in Rotterdam an.

Zur Begrüßung der heimkehrenden Ostafrikaner erschienen der deutsche Gesandte im Haag Dr. Rosen und General v. Lettow-Vorbeck, legte am Samstag in Rotterdam an. Zur Begrüßung der heimkehrenden Ostafrikaner erschienen der deutsche Gesandte im Haag Dr. Rosen und General v. Lettow-Vorbeck, legte am Samstag in Rotterdam an. Zur Begrüßung der heimkehrenden Ostafrikaner erschienen der deutsche Gesandte im Haag Dr. Rosen und General v. Lettow-Vorbeck, legte am Samstag in Rotterdam an.

Als die Afrikaner die Erlaubnis, das Schiff zu verlassen, erhalten hatten, nahmen sie alle, 27 Offiziere, 87 Unteroffiziere und Mannschaften, 19 Zivilbeamte, 108 Frauen und Kinder, inmitten der sie begrüßenden Landsleute in der Empfangshalle Aufstellung. Der deutsche Gesandte Dr. Rosen begrüßte die Heimkehrenden. General v. Lettow-Vorbeck, der im Anschluß an den deutschen Gesandten sprach, gab seiner und aller Ostafrikakämpfer Freude Ausdruck, nach fünf schweren Jahren die geliebte Heimat wiederzusehen. Er dankte den Niederländern und seinen deutschen Landsleuten für den überaus herzlichen Empfang, der ihm und den Seinen zuteil geworden sei. Im Außergewöhnlichen, nicht Alltäglichen, zu vollbringen, bitten sie alle aus ihrer Vaterlandsliebe und Pflichttreue schöpft. Mit einem erneuten Hoch des Generals auf das deutsche Vaterland, in das alle Anwesenden begeistert einstimmen, schloß die feierliche Begrüßungsfeier.

Der Vorfriede.

Rotterdam, 28. Febr.

Nach einer Londoner Meldung sagte Balfour am letzten Montag im Unterhaus, daß in der dritten Märzwoche die Vorfriedensverhandlungen ihren Anfang nehmen würden. Die Lage in Deutschland sei trotzlos. Die Alliierten seien gewillt, einen Teil ihrer Forderungen zurückzugeben und in Europa die geordneten Verhältnisse in absehbarer Zeit wieder herzustellen.

Die Schweizer Blätter melden, erklärte Wilson einem Pressevertreter gegenüber, daß er am 15. März wieder in Europa eintreffen und im Juni nach Amerika zurückkehren werde. Es läßt sich also voraussehen, daß die Friedenskonferenz zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Man beurteilt die Vorgänge in Bayern und Deutschland mit größtem Interesse. Wilson erklärte im Kammerauschuß, die Verhandlungen über den Friedensschluß seien in Frage gestellt, wenn das russische Rätekönigreich in Deutschland sitzen würde.

Die „Gumantio“ schreibt, haben am letzten Freitag Japan und Italien in der Pariser Alliiertenkonferenz einen Antrag auf Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund eingeleitet.

Clemenceaus Genesung.

Paris, 27. Febr. (Havas.)

Ministerpräsident Clemenceau machte gestern nachmittag seine ersten Ausgänge. Eine zahlreiche Volksmenge bereite ihm vor seiner Wohnung eine jubelnde Rundschung.

Paris, 26. Febr. (Havas.)

Kapitän Bouchardon nahm heute die Aussagen Clemenceaus entgegen. Der Ministerpräsident glaubt, daß er von einer zweiten Angewandten getroffen worden sei. Er habe einen starken, schmerzhaften Stoß an den Nieren verspürt. Erst dann habe er seinen Angreifer wahrgenommen.

Kaiser Karl unter englischem Schutz.

Der österreichische Staatsrat wurde davon verständigt, daß die englische Regierung einen höheren englischen Offizier zum Schutze des Kaisers Karl nach Böhmen entsenden wird. Vor einigen Tagen hat der Chef der Wiener englischen Mission dem Kaiser einen englischen Beschützer vorgestellt, der ständig dort bleiben soll.

Militär gegen Düsseldorf.

Münster, 28. Febr.

In Düsseldorf haben sich die Verhältnisse so angeipelt, daß sich die Regierung entschließen mußte, dort einzuschreiten. Ruhe im Industriegebiet wird nur dann eintreten, wenn der Herd der gewalttätigen Unruhen entfernt wird. Die Verhinderung einzelner Teile des Industriegebietes ist dabei nicht zu umgehen. In einer Konferenz beim Generalkommando des 7. A. R. an der je drei Vertreter aus den verschiedenen Bezirken der drei sozialistischen Richtungen und Vertreter der freien Gewerkschaften teilnahmen, wurde von sämtlichen Anwesenden einstimmig beschlossen, daß gegen Düsseldorf militärisch eingeschritten werden muß. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen versprochen ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Industriegebiet Ruhe gehalten und nicht gegen die Truppen unternommen wird. Die in den vorigen Sitzungen festgelegten Waffenstillstandsbedingungen sind in Düsseldorf nicht gehalten worden.

Die Störung des Verkehrs in Mitteldeutschland.

Berlin, 27. Febr.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Süd- und Mitteldeutschland ist infolge des Generalsstreiks in Sachsen und in Halle zum großen Teil gesperrt. Die Eisenbahnverwaltung ist jedoch bestrebt, den Verkehr soweit wie möglich aufrecht zu erhalten und sucht, wenn ihr die eine Strecke verlegt wird, immer wieder andere Möglichkeiten auszunutzen, um die Bahnverbindung aufrecht zu erhalten. Die Bahnmehrung des Eisenbahnverkehrs durch Streiks wird aber immer bedrohlicher. Die Verbindung mit Halle, auch die telephonische, ist noch vollständig. Nach Leipzig werden keine Züge mehr abgefahren, dagegen ist telephonische Verbindung möglich. Der Parlamentszug nach Weimar wurde heute vormittag 8.30 Uhr vom Anhalter Bahnhof abgefahren. Der Zug wird umgeleitet und dürfte heute abend in Weimar eintreffen. Der Berlin-Münchener Abendzug mußte heute ausfallen. Die aus dem Süden und Südwesten treffen in Berlin sehr spärlich ein. Auf dem Anhalter Bahnhof herrschte bei den Reisenden große Verärgerung über die Verkehrsperre.

Der Kampf um die Macht in München.

München, 28. Febr.

Die Spartakisten haben gestern in den frühen Morgenstunden versucht, durch Plakate und Ansprachen die Arbeiterschaft zur Fortsetzung des Generalsstreiks und zu einer Demonstration vor dem Landtagsgebäude aufzurufen, durch die der Rätekongress abgebrochen werden sollte. Die Errichtung der Räterepublik zu proklamieren. Der Stadtkommandant Duerr hat diesen Ueberrumpelungsversuch durch rechtzeitiges und energisches Eingreifen verhindert. Er ließ die Straßen, die zu dem Parlamentengebäude führen, in weitem Umkreis durch zuverlässige Truppen besetzen. Außerdem wurde eine Anzahl einzelner Gebäude, wie vor allem der Justizpalast, geschützt. Der Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte setzte am Donnerstag seine Beratungen fort, die er am Dienstag resultatlos abgebrochen hatte. Aber auch diesmal kam der Kongress zu keinem Ergebnis. Die Radikalen machten durch ihre Redner, vornehmlich junge Münchener Literaten, einen großen Lärm für die Räterepublik. Der ganze Streit drehte sich wieder um die Frage, ob der Landtag von neuem zusammentreten soll oder nicht. Redner der Mehrheitssozialdemokratie wandten sich ganz verschieden gegen die Errichtung der Räterepublik. Von verschiedenen Seiten wurde auf die bedrohliche Lage des bayerischen Wirtschaftslebens hingewiesen. Die Kohlenzufuhren aus Westdeutschland sowohl, als auch aus Böhmen seien schon einige Tage ausbleiben, und die Lage werde noch schlimmer werden, wenn München der Herrschaft einiger Kommunisten und der hinter ihnen stehenden 30.000 Arbeitslosen ausgeliefert werde. Die Beratungen wurden schließlich auf den Freitag vertagt.

Einberufung der preussischen Nationalversammlung.

Durch Bekanntmachung des preussischen Ministers des Innern, bezeichnet Dr. Meißner, wird die Verfassungskonstituierende Preussische Landesversammlung auf den 5. März 1919 nach Berlin, Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses, einberufen. Persönliche Anmeldung der gewählten Abgeordneten kann am 4. März von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends und am 5. März auf dem Bureau der Preussischen Landesversammlung, Prinz Albrechtstraße 5, erfolgen, wo auch Mittelungen wegen der Eröffnungsfeier gemacht werden. Als vorläufige Tagesordnung für den 5. März ist vorgesehen: Die Konstituierung der Versammlung.

Die preussische Regierungsbildung.

Weimar, 28. Febr.

Aus Kreisen der provisorischen preussischen Regierung erfährt man, daß die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie über den Eintritt des Zentrums in die preussische Regierung grundsätzlich zu einer Uebereinkunft geführt haben. Die Möglichkeit, daß das Zentrum nicht in die preussische Regierung eintreten könnte, kann als ausgeschlossen gelten.

Deutsche Nationalversammlung.

(16. Sitzung.)

Weimar, 27. Februar.

Auf der Tagesordnung der 16. Sitzung steht die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Zunächst tritt der Abg. Fleischer (Zentr.) für die Befreiung der aktiven Unteroffiziere ein. Reichsminister Roske geht auf die Wünsche des Vorredners ein. Der Unabhängige Abg. Braß zieht gegen die Regierung los wegen ihres Vorgehens im Ruhrrevier und behauptet, die Reichswehr sei bestimmt, gegen die Arbeiter verwendet zu werden. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Pavareng (Deutsch-National) über die Stellung der Militär-anwärter, Unteroffiziere und Offiziere wendet sich der Abg. Schöppin (Soz.) gegen die Ausführungen des Unabhängigen Braß. Er bezeichnet den Abg. Braß als einen der Hauptheerführer im Ruhrrevier. Reichswehrminister Roske erklärt zu wissen, daß russische Agenten und russisches Geld auch bei der jetzt im Land in Szene gesetzten Bewegung eine Rolle spielen. Auch der Abg. Winnefeld (Deutsche Volksp.) von Beruf Bergmann, weist die Behauptungen des Abg. Braß als unwahr zurück. Schuld an den heutigen Zuständen im Ruhrrevier tragen allein die Unabhängigen und die Spartakisten. Zwischen den Abg. Braß, Schöppin und Hub entwickelt sich ein scharfer Disput über den Ausbruch im Ruhrrevier. Präsident Fehrenbach greift ein und erklärt, er bezweifle, daß das deutsche Volk an diesem Vormittag keine Freude hatte. Zum Beleg werde überhaupt nicht mehr geredet. Minister Roske hat den Abg. Cohn (Unabh.) an die russische Beschuldigung erinnert, als doch der Regierung die Bezahlung von Spiegeln vorwärts. Cohn wehrt sich, er gibt zu, von dem früheren russischen Vorkäufer Joffe bei seiner Abreise nur eine Million erhalten zu haben, damit er, als Reichswehrminister der russischen Vorkäufer die Gehälter der etwa 300 Beamten der Vorkäufer bezahle. Für politische Zwecke, Flugblätter usw. habe er von dieser Million leider nur 50.000 Mark verwenden können. Die Mehrheitssozialisten erinnern er daran, daß früher Hunderttausende an Parteigeldern zur Unterhaltung von Streiks ins Ausland geschickt seien. Darüber entsteht wieder eine Debatte zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Reichsminister Roske kommt noch einmal auf die russischen Beschuldigungen zu sprechen und erklärt:

Die Tatsache steht doch fest, daß Joffe die Partei der Herren Cohn, Haase und Barth vor aller Öffentlichkeit als Agenten gebrandmarkt hat, weil sie in Abrede stellen, russische Gelder in Empfang genommen zu haben. Die Tatsache steht fest, daß Haase hinterher erklärt hat, er sei ein so harmloses Gemüt (Gelehrter), daß er angenommen habe, daß die Hunderttausende von Mark, die in die Hände Barths gelegt worden sind, von deutschen Kapitalisten gegeben worden seien, ausgerechnet zu dem Zweck, damit ihre Arbeiter ihnen den Hals umdrehen... Haase hat erklärt, daß er niemals russische Gelder in Empfang genommen habe. Daran habe ich auch nicht gezweifelt; aber die Tatsache steht fest und ist nicht bestritten worden: Barth hat russische Gelder in Empfang genommen zur Entfaltung des Bürgerkrieges in Deutschland, und nun frage ich vor dem ganzen Lande diese (zu den Unabhängigen) Gemütsmenschen da drüben, die uns immer wieder einen Vorwurf machen, wenn wir vor Gewalt nicht zurückweichen: In welchem Zwecke habt ihr damals den Arbeitern die Pistole in die Hand gegeben, die mit russischem Gelde angekauft war? Doch nur zu dem Zwecke, gegen die eigenen Volksgenossen den Kampf zu führen (Psittikus), und da kommen Sie (zu den Unabhängigen) leicht und machen uns den Vorwurf daraus, daß wir verlogen, die große Masse der Bevölkerung vor Gewalt zu schützen. Das ist ein Maß von Heuchelei, wie es krasser und toller gar nicht gedacht werden kann. Die Herren von der unabhängigen Sozialdemokratie mögen sich wenden und drehen wie sie wollen: die Empfangnahme dieses russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so peinliches Kapitel, daß sie niemals imstande sein werden, sich vor dem deutschen Volke zu rechtfertigen. (Beifall.)

Das Beleggesetz wird schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des

Übergangsgesetzes.

Der Zweck des Gesetzes ist, an die Stelle der beseitigten Verordnungen der alten Verfassung neue Rechtsnormen zu setzen. So wird bestimmt, daß die früheren Bestimmungen des Reichstages auf die Nationalversammlung, die des Bundesrates auf den Staatenanschuß und die des Kaisers auf den Reichspräsidenten übergehen.

Anträge der Deutschnationalen Volkspartei fordern die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes, eine möglichst weitgehende Einschränkung des Verordnungsrechts; Anträge der Unabhängigen eine Einschränkung der Rechte des Reichspräsidenten und des Staatenanschlusses.

An die Anträge knüpft sich eine sehr lebhaft ausgesprochene. Der Abg. Marchen erklärt, das Gesetz sei ein Verstoß, die gesetzgeberischen Akte der Revolution zu legalisieren. Er erkenne weder ein Recht zur Revolution, noch ein Recht der Revolution an. Auch der Unabhängige Dr. Cohn spricht gegen den Gesetzesentwurf.

Das Gesetz wird schließlich in erster Lesung mit einigem Änderungsantrag in § 1 angenommen.

Die Weiterberatung wird dann auf Freitag vertagt.

Deutsch-Österreich im Staatenanschuß.

Nach der „Vossischen Zeitung“ sind im künftigen Staatenanschuß des Deutschen Reiches den Österreichern neun Stimmen zugewilligt worden.

